

Presseinformation

Gemeinsame Erklärung der Europäischen Sozialpartner im Finanzsektor: In der Corona-Krise Unternehmen und Beschäftigte schützen, Bürger und Wirtschaft nach Kräften unterstützen

- **Arbeitgeber und Gewerkschaften unterstreichen gemeinsame Verantwortung für Gesundheit und Sicherheit von Beschäftigten, Kunden und Öffentlichkeit**
- **Banken und Versicherungen signalisieren weiterhin hohe Dienstleistungsbereitschaft im vorgegebenen Rahmen**
- **Banken-Arbeitgeber: Erklärung unterstreicht gemeinsamen Willen und Handlungsfähigkeit der Sozialpartner**

Brüssel/Berlin, 1. April 2020. Die europäischen Sozialpartner des Finanzsektors unterstreichen ihre gemeinsame Verantwortung, in der Krise durch die Ausbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2 / Covid-19) die Unternehmen, ihre Beschäftigten, ihre Kunden und die Öffentlichkeit bestmöglich zu schützen. In einer soeben veröffentlichten Gemeinsamen Erklärung betonen Arbeitgeber und Gewerkschaften zugleich ihr Bemühen, weiterhin alle wesentlichen und kritischen Dienstleistungen anzubieten, soweit das im behördlich vorgegebenen Rahmen möglich ist. Die Sozialpartner der Banken und Versicherungen verbinden dieses Bekenntnis mit dem Dank an alle Beschäftigten des Finanzsektors, die daran mitarbeiten, die Auswirkungen der Krise so gering wie möglich zu halten.

Um das zu erreichen, haben sich die Sozialpartner auf folgende Kernpunkte verständigt:

- Alle Akteure im Finanzsektor halten sich strikt an die Empfehlungen und Vorschriften öffentlicher Stellen in Bezug auf Covid-19.
- Die Unternehmen haben dafür gesorgt, dass die überwiegende Mehrheit ihrer Beschäftigten – wann und wo immer das möglich ist – extern arbeitet, um dem Virus so gering wie möglich ausgesetzt zu sein und seine Verbreitung zu verhindern.
- Die Sozialpartner im Finanzsektor bitten ihre Kunden um Verständnis, wenn sie aufgefordert werden, persönliche Besuche in Zweigstellen,

Agenturen und Büros zu beschränken. Alle Beteiligten haben ihre Organisation und Kommunikation so weit wie möglich auf Telefon und elektronische Medien umgestellt.

- Alle Beschäftigten – insbesondere diejenigen mit Kundenkontakt – werden an ihren Arbeitsplätzen angemessen geschützt.

Presseinformation

Brüssel/Berlin,
1. April 2020
Seite 2

Abschließend heißt es in der Erklärung: „Die europäischen Sozialpartner im Finanzdienstleistungssektor setzen sich weiterhin dafür ein, Unternehmen und die Mitarbeiter in ihrer Branche zu schützen und Europas Bürger und Wirtschaft in dieser außergewöhnlichen Krisenzeit nach besten Kräften zu unterstützen.“

Aus Sicht der Banken-Arbeitgeber unterstreicht die Erklärung den gemeinsamen Willen und die Handlungsfähigkeit der europäischen Sozialpartner auch in Krisenzeiten. „Wir setzen damit unter außergewöhnlich schwierigen Umständen ein Zeichen der Stabilität und des Vertrauens“, sagt Dr. Jens Thau, Geschäftsführer im AGV Banken und Chairman im Banking Committee for European Social Affairs (BCESA), das unter dem Dach der Europäischen Bankenvereinigung EBF die Interessen des privaten Bankgewerbes vertritt.

An der Erklärung beteiligt waren auf Arbeitgeberseite neben dem BCESA die europäischen Spitzenverbände der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken – European Savings Banks Group (ESBG) und European Association of Co-Operative Banks (EACB) – sowie Spitzenverbände der Versicherungswirtschaft (Insurance Europe und AMICE). Für die Arbeitnehmerseite war die internationale Gewerkschaft UNI beteiligt.

Hinweis an die Redaktionen: Die Gemeinsame Erklärung (deutsch und englisch) stehen Ihnen unter www.agvbanken.de als Download zur Verfügung.

Dem AGV Banken gehören rund 110 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit rund 140.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen. Vorsitzender des AGV Banken ist Karl von Rohr, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank AG.

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang | Hauptgeschäftsführer
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74